

## **Resolution**

### **Asylrecht ist Menschenrecht!**

Die Linke Rheinland-Pfalz steht ein für ein wirksames Recht auf Asyl. Menschen die fliehen, müssen in Deutschland einen sicheren Zufluchtsort finden. Für sie müssen die gleichen Rechte gelten, wie für Menschen, die schon immer in Deutschland leben. Das gilt insbesondere für die Zahlung von Sozialleistungen, medizinische Versorgung und die Zugänge zu Bildung und Arbeitsmarkt. Asyl ist ein Menschenrecht, die Versorgung, Integration und Sicherheit Geflüchteter eine moralische Verpflichtung. Das Recht auf Asyl muss der Verwertungslogik entzogen werden: Geflüchtete brauchen Schutz und Solidarität unabhängig von der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Seit Monaten beherrschen die Themen Flucht und Einwanderung die öffentliche Debatte. Dabei dominieren diejenigen Stimmen, die Geflüchtete als Bedrohung für den deutschen Staat darstellen. Der Bundespräsidenten fordert weniger Immigration, der Bundeskanzler will mehr Abschiebungen und die Bundesinnenministerin stimmt einer Verschärfung des EU-Asylrechts mit Internierung zu. Dies alles reiht sich ein in eine jahrzehntelange Aushöhlung des Asylrechts. Es wird immer schwieriger, nach Deutschland zu fliehen und Asyl zu erhalten. In Deutschland lebende Geflüchtete sind mit Rassismus konfrontiert: struktureller Rassismus zeigt sich unter anderem im Asylbewerberleistungsgesetz, das Geflüchtete gegenüber anderen hier lebenden Menschen schlechter stellt. An der Besserstellung ukrainischer Geflüchteter zeigt sich jedoch: Eine bessere, menschliche Flüchtlingspolitik ist möglich.

Daher fordert Die Linke RLP:

1. Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG): Geflüchtete sollen ein Anrecht auf alle Sozialleistungen haben. Das beinhaltet auch die Abschaffung der Ausgabe von Gutscheinen anstelle von Bargeld.
2. Den Wiederaufbau und die Erweiterung der Aufnahmekapazitäten in Rheinland-Pfalz.
3. Die Abschaffung der Wohnpflicht. Die Linke RLP befürwortet die freie Wohnortwahl für Geflüchtete.

4. Die vollständige Abschaffung der Arbeitsverbote und den effektiven Schutz vor prekärer Beschäftigung und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt.
5. Die Vereinfachung und Entbürokratisierung der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen.
6. Das Recht auf Bildung nach dem 16. Lebensjahr. Das Land Rheinland-Pfalz muss mehr Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Geflüchtete schaffen.
7. Den umfassenden Familiennachzug für alle Geflüchteten und Kindergrundsicherung für alle Kinder in Deutschland - auch für subsidiär Geschützte.
8. Das aktive und passive Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen.
9. Die Einbürgerung soll auch ohne gültige Ausweisdokumente und mit verkürzter Wartezeit nach deutschem Bildungsabschluss möglich sein.
10. Die Schaffung legaler und sicherer Flucht- und Migrationsrouten nach Deutschland.
11. Die Bildung von Geflüchtetenräten, die die Regierungen beraten.

Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtende!

### **Antragsbegründung**

Menschen fliehen vor immer mehr Krisen, Kriegen und politischer Verfolgung. Zu den alten Fluchtursachen addiert sich die Klimakrise. Eine steigende Anzahl Menschen sieht sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, da Dürren, Unwetter und Überschwemmungen immer mehr fruchtbare Regionen der Erde verwüsten. Der Verteilungskampf um Wohlstand wird durch die Klimakatastrophe noch einmal verschärft.

Geflüchtete Menschen sollen arbeiten dürfen. Der Mensch sucht nach sinnvoller Beschäftigung und findet diese in Arbeit, Bildung und zivilgesellschaftlichem Engagement. Das Arbeitsverbot ist politisch gewollte verhinderte Integration und führt zu Aggression und Apathie unter den Geflüchteten. Angesichts des branchenübergreifenden Fach- und Arbeitskräftemangels sind hunderttausende Menschen in arbeitsfähigem Alter auch eine große Chance für die rheinland-pfälzische Wirtschaft und das deutsche Sozialsystem.

Bildungsabschlüsse und Berufserfahrung von Geflüchteten sollen einfacher nachgewiesen und anerkannt werden können. Der Ministerrat nutzt hier seinen Spielraum zu wenig. Das Land Rheinland-Pfalz muss mehr Integrationskurse, Deutschkurse und Weiterbildungsmöglichkeiten für Geflüchtete schaffen.

Der Familiennachzug muss vereinfacht und schneller möglich werden. Dabei darf die Kernfamilie nicht auseinandergerissen werden, sondern muss als ganze zusammengeführt werden können. Die Kindergrundsicherung muss für alle in Deutschland lebenden Kinder gelten. Die Kinderarmut ist und bleibt eine der schlimmsten sozialen Ungerechtigkeiten, da sie eine der wehrlosesten Menschengruppen trifft. Dabei darf die Herkunft des Kindes absolut keine Rolle spielen.

Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der Familiennachzug auch für subsidiär Geschützte gilt. Der subsidiäre Schutz soll unbefristet gelten und erst nach dem Ende des Grundes enden. Eine Einbürgerung muss für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, nach wenigen Jahren auch ohne eindeutige Klärung der Identität möglich sein, da beispielsweise Pässe eingezogen werden können. Die Einbürgerung soll nach Erwerb von deutschen Abschlüssen verkürzt möglich sein.

Alle Menschen, die in Rheinland-Pfalz wohnen, sollen nach Erteilung des Bleiberechts das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Geflüchtete sollen außerdem die Regierungen in gewählten Geflüchtetenräten beraten.